

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (14)



18. Mai 2023

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Mieter- und Sozialverbände schlagen Alarm. Im Januar 2023 wurde bekannt, dass die Wohnungsnot in Deutschland noch einmal dramatisch angestiegen ist. 700.000 Sozialwohnungen fehlen. Im unteren Preissegment ist der Wohnungsmarkt leergefegt. Immer mehr Menschen können sich die teuren Mieten nicht mehr leisten. Wir haben in der Wetterau kaum große private Wohnungsbaugesellschaften, die als Miethai auftreten. Aber die große Nachfrage versetzt auch kleinere Vermieter in Goldgräberstimmung. Sogar für die schäbigsten Unterkünfte werden utopische Mietpreise verlangt.

In dieser Situation verschickt der Wetteraukreis Briefe an so genannte „Weltflüchtlinge“, sie sollen binnen drei Monaten aus ihrer Flüchtlingsunterkunft ausziehen. Richtig ist, dass bei den betroffenen Geflüchteten der Aufenthaltsstatus geklärt ist und sie das Recht hätten, in eine Privatwohnung zu ziehen. Aber warum tun sie es nicht? Ist es in den proppenvollen Unterkünften so schön? Nein! Natürlich nicht! Sie finden keine bezahlbare Wohnung. Der Wetteraukreis weiß das und macht dennoch Druck. Zu einer Lösung des Wohnungsproblems trägt er jedoch nichts bei. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE. zwei Anträge eingebracht, um mehr Druck für bezahlbares Wohnen zu machen. Diese Ignoranz in der Wohnungspolitik ist unerträglich!

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Anträge DIE LINKE.: Regelmäßige Berichte im Kreistag über den Fortgang bei der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Übernahme des Viernheimer Modells, um Leerstand für Wohnraum zu mobilisieren.
2. Anträge der Grünen: Optimierung der Struktur in den Büros der Kreisverwaltung. Modellregion Cannabis Wetterau.
3. Antrag der Freien Wähler: Runder Tisch Schülerbeförderung
5. Antrag FDP: Pflanzenschutz erhalten für Ernährungssicherheit. Ausbau der A5.
6. Anträge der AfD: Keine Vorträge oder Veranstaltungen der ‚Letzten Generation‘ an Wetterauer Schulen. Flüchtlingsgipfel.
7. Dringlichkeitsantrag der Koalition: Resolution „Wolf“.

RÜCKLICHT

Superwahltag 8. Oktober 2023:

Landtag und Kreisspitze werden gewählt. DIE LINKE. Wetterau stellt Kandidat:innen auf:



Warum soll eigentlich immer ein Mann Landrat in der Wetterau sein? Am 8. Oktober wird wieder das Amt des Landrats gewählt. DIE LINKE. Wetterau hat Gabi Faulhaber als Kandidatin aufgestellt. Sie bringt langjährige Erfahrung als Kreistagsabgeordnete mit. Dazu arbeitet sie ehrenamtlich bei der Sozialsprechstunde der Linken Hartz4-Hilfe und weiß um die sozialen Probleme in der Wetterau. Seit vielen Jahren setzt sie sich dafür ein, dass auch Menschen mit geringem Einkommen eine bezahlbare Wohnung finden können. „Es muss eine Sozialwohnungsbau-Offensive geben, um einen Kollaps auf dem sozialen Wohnungsmarkt abzuwenden“, sagt sie. „Und das ist nicht nur eine Bundes- oder Landesaufgabe!“

Der Wetteraukreis umfasst drei Wahlkreise für die Landtagswahl am 8. Oktober 2023:

Wahlkreis 25:



Julian Eder
Auszubildender zum Abwassertechniker

Wahlkreis 26:



Gabi Faulhaber
Sonder- und Heilpädagogin in Rente

Wahlkreis 27:



Fatma Demirkol
Büromanagerin

"Das Land Hessen muss sich um soziale Wohnungspolitik kümmern! Es kann nicht sein, dass in Hessen inzwischen 18,5 Prozent der Menschen arm sind und nichts für bezahlbaren Wohnraum getan wird! Selbst für Normalverdiener:innen sind die Mieten zu hoch. Nicht nur die Bundesregierung - auch die Landesregierung ist zuständig. Und auch die Landkreise und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie die Wohnungsnot bekämpfen können!"

Antrag DIE LINKE.: Regelmäßige Berichte im Kreistag über den Fortgang bei der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

Wir haben beantragt, dass alle drei Monate (insgesamt viermal im Jahr) über die Fortschritte bei der Gründung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft in den Ausschüssen berichtet wird. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Umsetzung von Kreistagsbeschlüssen im beschlussfassenden Kreistag transparent gemacht wird. Es ist ja schon ziemlich schräg, dass wir das beantragen müssen.

Der Antrag: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1602-was-ist-jetzt-mit-der-kreiseigenen-wohnungsbaugesellschaft.html>

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Sie haben vor der Kommunalwahl 2021 - genauer am 26. August 2020 - endlich die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft vorläufig akzeptiert.

Beschlossen wurde sie nicht.

Es wurde der Beschluss gefasst, ein ‚Konzept zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft erarbeiten zu lassen‘. Dann folgten Debatten um die Geschäftsform und man entschied sich für eine privatwirtschaftliche GmbH. Nicht für eine gemeinnützige GmbH!

Das alles ist inzwischen zwei Jahre und neun Monate her.

In dieser Zeit wurde einmal – am 19. Januar 2023 – über die bisherigen Sondierungen berichtet. Also 2 Jahre und fünf Monate nach der Beschlussfassung. Und es wurde – das betone ich – nicht über den Beschlussfortgang berichtet – nämlich das Konzept.

Wie das Konzept aussehen könnte, kam nicht vor. Es ging lediglich um die Klärung einiger rechtlicher Fragen. Das ist auch wichtig. Ohne Frage. Aber jetzt: Was ist mit dem Konzept zur Gründung der WoBau?

Bitte erzählen Sie uns nicht, dass sie im Hintergrund immer an den Thema dran sind und es halt dauert. Klar dauerts.

Aber erstens müsste der beschlussfassende Kreistag über den Fortgang seines Beschlusses regelmäßig informiert werden.

Und zweitens hätten Sie zur Sondierung wahrlich genug Zeit gehabt: Bereits am 14. Oktober 2015 hat dieser Kreistag unseren Antrag angenommen, dass der Kreisausschuss Möglichkeiten zum Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft prüfen solle.

Das war – wen wundert’s eigentlich? - vor den Kommunalwahlen, die am 6. März 2016 stattgefunden haben.

Schon damals war der Druck auf den Wohnungsmarkt in der Rhein-Main-Region enorm hoch. Schon damals fehlte vor allem bezahlbarer Wohnraum.

Schon damals konnte es sich keine der Parteien, die zur Kommunalwahl antraten leisten, nichts zum Thema „bezahlbares Wohnen“ zu sagen - oder wenigstens zu den steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt.

Nur mal zum Nachrechnen:

Sie hatten also bis heute 7 Jahre und 7 Monate Zeit, alle Voraussetzung für den Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen.

Jetzt wollen Sie das Thema vertagen, weil Sie ja vor der Landratswahl im Herbst Aktivitäten zeigen wollen. Wir sind gegen eine Vertagung. Wenn wir etwas gelernt haben, dann: Nach der Wahl werden Sie mit Ihren Versprechungen nicht verlässlich sein!

Um es mal deutlich zu sagen:

Das ist das komplette Versagen Ihrer Parteien, dass sie in mehr als sieben Jahren nichts realisiert haben, um die Wohnungsnot im unteren Preissegment abzumildern.

Sie haben zu lange die Augen davor verschlossen, dass der soziale Wohnungsmarkt auf einen Kollaps zusteuert.

Jetzt ist er da. Der Kollaps. Einkommensschwache Menschen und Geflüchtete haben kaum Chancen auf ihrem geliebten freien Wohnungsmarkt eine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Und immer noch ignorieren Sie, dass es dringend eine soziale Wohnungspolitik braucht. Sie hier im Wetteraukreis und Ihre Parteien in Berlin – liebe SPD, liebe Grüne und liebe FDP: Sie sind in der Bundesregierung! - man könnte also Einfluss nehmen, meine Damen und Herren!

Im Januar 2023 wurde bekannt, dass 700.000 Sozialwohnungen bundesweit fehlen.

Aber das Problem war schon während der Koalitionsverhandlungen bekannt, denn es wurde festgelegt, dass bis Ende der Legislaturperiode 400.000 Sozialwohnungen gebaut werden sollten. 2022 wurden dann 22.000 Wohnungen gebaut.

Die restlichen 378.000 verschwanden sang- und klanglos in der Versenkung.

Und hier vor Ort ist es ja noch viel schlimmer:

Der Landrat versucht, dem Druck auf dem Wohnungsmarkt mit noch mehr Druck auf die Geflüchteten zu begegnen. Die bekommen derzeit Briefe, sie sollen binnen drei Monaten aus den Unterkünften ausziehen. Wo sie eine bezahlbare Wohnung finden, das sagen Sie natürlich nicht dazu.

Und: Schlimmer geht immer!

Sonderbarerweise erhalten besonders die von Ihnen titulierten „Weltflüchtlinge“ solche Briefe. Die politisch gewünschten ukrainischen Geflüchteten werden nicht so behandelt.

So weit so schlecht, meine Damen und Herren!

Wir beantragen heute, dass ab nun regelmäßig über den Fortgang bei der WoBau berichtet wird, damit es mal voran geht!

Die Koalition aus SPD und CDU stellte dazu einen Änderungsantrag. Sie wollen vor den Sommerferien noch eine Sondersitzung einberufen. Dort sollen die bisher vorliegenden Arbeitsergebnisse vorgestellt und diskutiert werden. Auch über die weiteren Schritte wollen sie regelmäßig (mindestens einmal im Quartal) informieren.

Na, geht doch! Hoffentlich...

Antrag DIE LINKE.: Übernahme des Viernheimer Modells, um Leerstand für Wohnraum zu mobilisieren

Wir haben den folgenden Antrag gestellt:

Der Kreistag möge beschließen:

Die Wetteraukreis realisiert eine Wohnraumbeschaffung nach dem Viernheimer Modell: Der Kreis mietet leerstehende Wohnungen von privaten Eigentümern an und vermietet sie als sozialen Wohnraum an Untermieter weiter.

Begründung:

Was in Viernheim möglich ist, ist auch im Wetteraukreis möglich: „Vermiete doch an den Wetteraukreis!“

„Vermiete doch an die Stadt“ ist das Motto des Viernheimer Modells. Dort mietet die Stadt Wohnungen an und vergibt sie an Untermieter, die auf dem „freien Wohnungsmarkt“ chancenlos sind. Das Konzept bringt auch den Vermietern einige Vorteile. Sie können sich auf die Mietzahlungen verlassen, da der ‚Papierkram‘ vom Wetteraukreis erledigt wird. Muss nach dem Auszug der Untermieter renoviert werden, ist der Kreis Ansprechpartner. Die Verwaltung wird auch aktiv, wenn es Probleme mit den Untermietern gibt – zum Beispiel wenn ein Untermieter sich weigert, auszuziehen oder wenn es unterschiedliche Lebensweisen gibt.

In Viernheim gibt es nach nur einem Jahr Laufzeit des Modells viele Vermietungsangebote aus der Bevölkerung. Seit das Modell läuft, konnte Viernheim 70 Wohnungen für insgesamt 246 Personen zur Verfügung stellen. Viernheim hat 34.000 Einwohner.

Die Einführung eines solchen Modells könnte im Wetteraukreis private Leerstände beseitigen, bei denen die Eigentümer leerstehender Wohnungen berechtigte Ängste haben, mit der Vermietung oder den Mietern nicht klarzukommen.

Diese sozialpolitische Maßnahme würde der Wohnungsnot im unteren Preissegment entgegen wirken und hätte auch Wirkung bei der menschenwürdigen Unterbringung von einkommensschwachen und geflüchteten Menschen.

Der Antrag wurde in den Ausschuss RUW (Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft) zur Beratung überwiesen.

Anträge der Grünen: Optimierung der Struktur in den Büros der Kreisverwaltung.

Modellregion Cannabis Wetterau.

Die grüne Fraktion will, dass der Kreisausschuss über seine Planungen zur Optimierung der Struktur in den Büros der Kreisverwaltung berichtet. Dabei soll es um Ergonomie am Arbeitsplatz gehen und um Arbeitsvorschriften. Und es soll erläutert werden, wie sich zukünftig die Arbeitsplätze ändern werden. Denn die Grünen wollen keinen Ausbau der Verwaltung, Sie wollen durch Digitalisierung und Homeoffice die Zahl der Büros reduzieren. Stichwort: Flexible Raumlösungen.

Wir sehen die Aufgabe der Verwaltung in der bürgerfreundlichen Dienstleistung. Da es sowieso Vorschriften für die Arbeitsplätze gibt und deren Einhaltung eigentlich gar nicht beantragt werden muss, bleibt die bürgerfreundliche Verwaltung für uns der wichtigste Punkt.

Das haben wir dazugesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

dieser Antrag ist uns viel zu unklar.

Unterschwellig greift er das Ansinnen der Grünen auf – das schon in vergangenen Sitzungen immer mal diskutiert wurde – dass zahlreiche Arbeitsplätze in der Kreisverwaltung gar nicht mehr nötig seien.

Etwa wegen der Digitalisierung und der Möglichkeiten für Homeoffice.

Wir können jetzt wegen der kurzen Redezeit nicht die Vor- oder Nachteile von Homeoffice diskutieren. Was aber durchaus wichtig wäre.

Diskutieren möchten wir aber, dass eine Kreisverwaltung die vornehmliche Aufgabe hat, für die Bürger:innen ansprechbar zu sein.

So dass Vorsprachen, Beratung, Absprachen, Vereinbarungen direkt möglich sind. Sprechzeiten sind schon während der Coronazeit deutlich eingeschränkt worden und wurden auch danach nicht wieder im alten Umfang aufgenommen. Eine solche Entwicklung lehnen wir ganz entschieden ab.

Alle anderen Fraktionen fanden diesen Antrag gut. Es soll, weiter darüber beraten werden.

In einem weiteren Antrag wollten die Grünen, dass sich der Wetteraukreis für eine Modellregion Cannabis bewirbt. Frankfurt und Offenbach machen das schon. Wenn der Bundestag demnächst ein Gesetz schafft, Cannabis zu entkriminalisieren und zu regulieren, sollen in diesen Modellregionen wissenschaftlich begleitete öffentliche Verkaufsstellen entstehen.

Das löste eine heftige Debatte aus, in der die abenteuerlichsten Unterstellungen zu Cannabis vorgebracht wurden. Besonders die AfD geriet ganz aus dem Häuschen und die NPD sah gar den Volkskörper gefährdet. Langjährige Untersuchungen und empirische Projekte zu Cannabis haben bei der rechten Flanke nichts bewirken können.

Aber auch die CDU lehnt den Verkauf und Genuss von Cannabis kategorisch ab. Sie wollen allein medizinische Cannabis-Produkte legalisiert wissen.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Wir haben ihm zugestimmt.

Antrag der Freien Wähler: Runder Tisch Schülerbeförderung.

Die Freien Wähler wollen, dass ein Runder Tisch eingerichtet wird, in dem alle Akteure zusammenkommen, die mit der Schülerbeförderung im Wetteraukreis zu tun haben. Auftretende Probleme müssten zügig gelöst werden und es dürfe nicht so endlos lange dauern, wie in Büdingen.

Dazu gab es zahlreiche Änderungsanträge. Doch zuletzt einigte man sich darauf, mit dem Kreiselternbeirat und der Kreisschülervertretung sowie dem Schulelternbeirat des Büdinger Gymnasiums in der Kreisschulkommission zu sprechen. Die Verkehrsbetriebe sollen dazu kommen. Es soll um den Schülerverkehr im gesamten Kreisgebiet der Wetterau gehen.

Anträge der FDP: Pflanzenschutz erhalten für Ernährungssicherheit. Ausbau der Autobahn A5.

Mit „Pflanzenschutz“ meint die FDP den weiteren Gebrauch von chemischen Mitteln auf dem Acker: Pestizide, Insektizide, Fungizide. Weil die EU vorhat, den Einsatz dieser chemischen Mittel zu reduzieren, sieht die FDP die Ernährungssicherheit und die bäuerlichen Existenzen gefährdet. Der Verordnungsentwurf der EU heißt SUR (Sustainable Use Regulation). SUR will in ökologisch geschützten Gebieten die Menge der eingesetzten Pflanzenschutzmittel um 50 Prozent verringern und in sehr sensiblen Gebieten sogar total verbieten.

Das lehnt die FDP ab. Sie führte an: Es gebe so viele Schutzgebiete (Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Biosphärenreservate, Naturparks, Vogelschutzgebiete usw.), dass dann letztendlich gar keine dieser Mittel mehr eingesetzt werden dürften.

Wir haben zu diesem Antrag folgendes gesagt:

Die Landwirtschaft wird vor allem zukunftsfähig bleiben, wenn es sauberes Wasser, gesunde Böden und Insekten zur Bestäubung gibt. Das gilt es zu erhalten.

Die Existenz der Landwirtschaft wird auch nicht durch Schutzgebiete gefährdet, sondern durch die großen Lebensmittelkonzerne und ihr Geschäftsgebaren, das auf exzessive Ausbeutung ausgerichtet ist.

Schutzgebiete sind Schutzgebiete, weil es da Flora, Fauna und Wasser zu schützen gibt. Jede:r weiß, dass viele chemische Mittel langfristige Schäden zur Folge haben. Und wenn das so ist, sind diese Mittel in Schutzgebieten nicht angebracht.

Wir sind für eine Anhörung aller beteiligten Akteure im Kreistag. Wir sind aber dagegen, dass sich der Kreistag heute gegen die neue EU-Verordnung positioniert.

Das Problem soll im Ausschuss RUW weiter beraten werden.

Ein weiterer Antrag der FDP verlangte den beschleunigten Ausbau der A5 in unserer Region. Dementsprechend sollte der Kreistag eine Resolution verabschieden.

Weil der Verkehr immer mehr wird, bräuchte es dringend mehr Spuren auf der Autobahn. Dabei gehe es nicht in erster Linie um den Individualverkehr, sondern um die vielen Laster, die den Warentransport gewährleisten.

Die Grünen trugen die bekannten Untersuchungen vor: Mehr Straßen bringen mehr Verkehr. Immer weiter Straßen zu bauen, bringt keine klimafreundliche Verkehrswende.

Aber das wollte weder die FDP hören, noch CDU, AfD oder NPD.

Es lag völlig außerhalb ihrer Vorstellung, dass man den Warentransport von der Straße weg auf die Schiene legen könnte. „Kommen Sie uns jetzt nicht mit dem Ausbau des ÖPNV. Das geht auf dem Land nicht. Wie sollen denn die Menschen zur Arbeit kommen?“, argumentierte die FDP.

Wir haben uns der Resolution nicht angeschlossen. Ebenso die Grünen.

Anträge der AfD: Keine Vorträge oder Veranstaltungen der 'Letzten Generation' an Wetterauer Schulen. Flüchtlingsgipfel.

Werbung der letzten Generation an Wetterauer Schulen solle es nicht geben. Das verlangt die AfD. Ob es solche Vorträge und Veranstaltungen tatsächlich gibt, wussten sie nicht zu sagen. Aber der Wetteraukreis soll sie verbieten.

Dass der Wetteraukreis nur Schulträger ist und für die Gebäude zuständig, das leuchtete der AfD nicht ein. Sie forderten ein Zeichen gegen diese Kriminellen, die mit ihren Aktionen vor allem den Verkehr behindern. „Einer solchen radikalen Gruppe, die nicht vor Straftaten zurückschreckt, ... darf kein Forum geboten werden!“ meint die AfD. Dass Großkonzerne für den Löwenanteil der Emissionen verantwortlich sind und vor keiner Schweinerei zurückschrecken, ihre Profite zu sichern, das ist der AfD dann mal egal... Gut, wenn man so genau weiß, wo die Straftäter zu finden sind.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Außerdem beantragte die AfD einen „realitätsbezogenen Flüchtlingsgipfel“. Sie verwiesen auf einen 13-Punkte-Plan, mit dem der Landrat des Main-Kinzig-Kreises an die Öffentlichkeit getreten

ist. Damit hatte die dortige Kreisspitze eine deutlich höhere Unterstützung für die Unterbringung und Integration von der Bundesregierung eingefordert. Die Not der Kommunen und ihre Vorstöße nutzt nun die AfD, um Grenzzäune an den EU-Außengrenzen zu fordern. Sie will den Rechtsweg bei Asylverfahren verkürzen und Asylaufnahmezentren in Drittstaaten außerhalb von Europa schaffen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU: Resolution „Wolf“ an die Landes- und Bundesregierung

In diesem Antrag wird beklagt, dass der Schutz des Wolfes zu seiner Ausbreitung beiträgt. Die Population sein stark angestiegen. Auch im Wetteraukreis wurden drei Nutztiere gerissen. Es wird nun gefordert, den Schutz des Wolfes zu lockern. Denn diese Schutzbestimmungen dienen einseitig nur dem Wolf. Man müsse „Problemwölfe entnehmen“ können. Solange der Wolf im Wald bleibt, so die CDU, sei ja nichts gegen ihn zu sagen. Aber wenn er sich dem Waldrand nähert und menschlichen Anbaugeländen oder Weideland, dann soll er getötet werden.

Der Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen. Es gibt viel Klärungsbedarf. Denn die in der Debatte vorgetragenen Emotionen, Ängste und Verurteilungen haben mit einer wissenschaftlichen Herangehensweise nichts zu tun. Auch über Schutzmaßnahmen für Nutztiere wurde nicht nachgedacht. Überall, wo Menschen und Wildtiere einen Lebensraum teilen, kann es zu Konflikten kommen. Dann braucht es ein ordentliches Konfliktmanagement und keine hochkochenden Emotionen. Es wurde vorgeschlagen, Fachleute in diese Ausschusssitzung einzuladen.



*Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.*

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber